

WIR

Wissenswertes aus dem

INTEGRATIONS RAT

Nr. 17



Juli 2013

Kommunale Wohnungsvermittlung

Der Integrationsrat fordert die Stadtverwaltung auf darzulegen, ob Zugewanderte auch in den sozial geförderten Wohnungen in Nürnberg entsprechend ihrem Anteil an den Berechtigten vertreten seien und wie die Vermittlung in die Wohnungen stattfindet. Insbesondere soll dabei auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Wie hoch ist die Vermittlungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund in den Wohnungen, die vom Amt vermittelt werden?
- Welche Wohnqualität haben die sozialen Wohnungen?
- Wie ist die Verteilung der Wohnungen in den Stadtteilen?
- Unter welchen Voraussetzungen bekommt man eine Vermittlung?
- Wie viel Entscheidungskraft hat die Stadt Nürnberg bei der tatsächlichen Vermietung des Wohnraums?

Die Stadtverwaltung möge prüfen, ob Personen mit einer langen Wartezeit bei der Wohnungsvergabe besonders gefördert werden können. Der Integrationsrat erklärt sich bereit, zusammen mit der Stadtverwaltung ein Konzept zur Linderung der Wohnungsnot, insbesondere bei Zuwanderern, zu erarbeiten. Als Begründung wird angeführt: Der Integrationsrat wird immer wieder von den oft verzweifelten Zugewanderten aufgesucht, die sich seit mehreren Jahren und ohne Erfolg auf der Suche nach geeignetem Wohnraum befinden. Viele erhalten zwar Angebote vom Wohnungsamt der Stadt Nürnberg, aber nach dem Besichtigungstermin bekommen sie doch keine Zusage. Außerdem ist es für die Zugewanderten aufgrund der vorhandenen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt oft sehr schwierig an die Wohnungen zu kommen. Um Ideen zu entwickeln, wie man diesem negativen Trend entgegenwirken kann,

bittet der Integrationsrat um Informationen über den aktuellen Stand der Wohnungsvermittlung und über die Möglichkeiten der Stadt Nürnberg auf diesem Gebiet.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates – Antragstellerin: Diana Liberova

Tagung über Willkommens- und Anerkennungskultur in Nürnberg

Der Integrationsrat wird eine Tagung mit dem Ziel, eine Vision für Willkommens- und Anerkennungskultur in Nürnberg zu definieren, organisieren. Diese Tagung soll Ende 2013 oder Anfang 2014 stattfinden. Teilnehmen sollen verschiedene Akteurinnen und Akteure in der Metropolregion Nürnberg, z.B. Vertreterinnen und Vertreter von Firmen, Behörden, Zuwanderervereinen, Flüchtlinge usw., vor allem Menschen, die sich schon oder in Zukunft mit den Themen Willkommens- und Anerkennungskultur beschäftigen werden.

Als Begründung wurde angeführt:

Willkommens- und Anerkennungskultur ist ein Thema, das in den nächsten Jahren höchste Priorität in der Gesellschaft haben wird. Das Thema wird aktuell auch auf den höchsten staatlichen Ebenen breit diskutiert. Eine gemeinsame Diskussion mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichkeit kann die Erarbeitung der Handlungsempfehlungen des Integrationsrates für die Stadtverwaltung bereichern.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates – Antragsteller: Antonio Fernandez, Cooper Thompson

Interkulturelle Wochen 2013

Der Integrationsrat wird vom 21. September bis 13. Oktober 2013 in Anlehnung an die bundesweite Aktion wieder die „Interkulturellen Wochen in Nürnberg“ organisieren.

Die interkulturellen Vereine und Institutionen werden aufgefordert, selbständige interkulturelle Pro-

gramme durchzuführen. Diese eigenverantwortlichen Veranstaltungen der Vereine und Institutionen werden in das Programmheft der Interkulturellen Wochen, das der Integrationsrat zusammenstellt, aufgenommen. Die Veranstaltungen sollten nicht in Konkurrenz zu den interkulturellen Wochen stehen. Nicht ins Heft aufgenommen werden rein religiöse Veranstaltungen und internationale politische Veranstaltungen ohne Nürnberg-Bezug. Eröffnet werden die Interkulturellen Wochen am 20. Sept. um 19:00 Uhr im Heilig-Geist-Saal mit der Vorführung des Films „Wege zur Partizipation – vom Ausländerbeirat zum Integrationsrat“ (von Gülseren Suzan und Jochen Menzel). Es wird gebeten, die Termine von Veranstaltungen während dieser drei Wochen möglichst bald, spätestens jedoch bis 15. Juli 2013, an die Geschäftsstelle des Integrationsrates zu melden: (integrationsrat@stadt.nuernberg.de).

Psychologische Betreuung der Flüchtlingsklassen

Der Integrationsrat bittet die Stadt Nürnberg, über den Umfang der bisherigen schulpsychologischen Betreuung der eingerichteten Flüchtlingsklassen im Rat zu berichten, ggf. die Kapazitäten für die psychologische Betreuung an den entsprechenden Beruflichen Schulen zu erhöhen und die dafür nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der Bedarf an adäquater psychologischer Betreuung sei in den sogenannten Flüchtlingsklassen an den beruflichen Schulen aufgrund der besonderen Situation der Flüchtlinge viel höher als der Bedarf in einer Regelklasse. Um die bestehende Unterrichtssituation zu optimieren und die Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht zu fördern, müsse auch psychologische Expertise bei den oft traumatisierten Jugendlichen herangezogen werden. Dies erfordere entsprechende Ressourcen, die von der Stadt Nürnberg zur Verfügung gestellt werden sollten.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates – Antragstellerin: Andja Skojo

Optionsdeutsche in Nürnberg

Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Integrationsrat und der Kommission für Integration einen Bericht vorzulegen:

- Wie viele Nürnberger/innen sind bereits von der Optionsregelung betroffen?
- Wie viele mussten sich bereits zwischen den Staatsbürgerschaften entscheiden?
- Wie fiel die Entscheidung dieser Jugendlichen aus und was passierte im Fall der Entscheidung für die nichtdeutsche Staatsbürgerschaft?
- Wie und wann werden die Betroffenen über die Optionsregelung informiert?

Als Begründung wird angegeben: Der Integrationsrat möchte aufgrund der verstärkten Anfragen darüber informiert werden, wie das Verfahren in Nürnberg abläuft und welche Entscheidungstendenzen sich bereits abzeichnen.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates – Antragstellerin: Diana Liberova

Personalaufstockung in der Geschäftsstelle des Integrationsrates

Der Integrationsrat bittet den Oberbürgermeister und den Stadtrat, das Personal der Geschäftsstelle des Integrationsrates aufzustocken. Es werden mindestens benötigt:

- eine halbe Stelle für Öffentlichkeitsarbeit (Soz.-päd.-Stelle)
- eine halbe Sachbearbeiterstelle (Sekretariat).

Obwohl mit der Wahl im Sommer 2010 der Integrationsrat das Aufgabengebiet des ehemaligen Ausländerbeirates wie des Aussiedlerbeirates übernommen hat und der Kreis der Wahlteilnehmer auch um die Eingebürgerten erweitert wurde, blieb das Personal des Integrationsrates auf dem gleichen Stand wie beim ehemaligen Ausländerbeirat (2 ½ feste Stellen; in 2008 war dort allerdings eine halbe Stelle eingezogen worden). Die Zuständigkeit des ehemaligen Aussiedlerbeauftragten beim Sozialreferat entfiel ab 2009 vollständig. Der neue Integrationsrat hat andere Strukturen und auch einen neuen Arbeitsrhythmus und arbeitet auf einem qualitativ höheren Niveau. In der Geschäftsstelle sprechen nun mehr Menschen mit Migrationshintergrund vor, welche die unterschiedlichsten Probleme vortragen. Die Geschäftsstelle des Integrationsrates ist eine Anlaufstelle für ratsuchende Zuwanderinnen und Zuwanderer. Trotz Auslaufens des mit EU-Geldern finanzierten BLEIB-Projektes für Flüchtlinge (Ende 2013) wäre auch dieser Personenkreis zukünftig weiterhin Klientel der Geschäftsstelle, ohne dass dafür weiterhin Personal zur Verfügung steht. Die Anfragen in der Geschäftsstelle betreffen sowohl „ausländerrechtliche Angelegenheiten“, wie z.B. Fragen zu Visum, Familienzusammenführung, Aufenthaltstitel oder Asylrecht, aber auch Integrationsangelegenheiten, wie z.B. Fragen zu Einbürgerung, Bildung, Ausbildung, Sprachkurse, Suche nach Kindergartenplätzen oder soziale Probleme. Soweit möglich werden die Fragestellenden an eine Beratungsstelle der Migrationssozialdienste oder an die zuständigen städtischen Dienststellen weitergeleitet. Dieser Publikumskontakt ist dennoch sehr intensiv und fällt in die Zuständigkeit der Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit sowie der Sachbearbeiterin, die hier mit muttersprachlichen und fremdsprachlichen Kenntnissen eine wichtige Aufgabe übernehmen. Einzelfälle von einer be-

sonderen politischen Bedeutung werden dem Integrationsrat vorgelegt. Die Geschäftsstelle übernimmt hier eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund und der Verwaltung. Des Weiteren bestehen intensive Beziehungen zu anderen Dienststellen durch Arbeitskreise und Gremien, in die die Geschäftsstelle fest eingebunden ist. Auch hat sich die Öffentlichkeitsarbeit vervielfältigt. Der Integrationsrat beteiligt sich an vielen Veranstaltungen und Aktionen und führt diese auch selbst durch. Entsprechend haben sich somit die Vorbereitungen der Veranstaltungen, die Pressearbeit sowie die Aufgaben bezüglich der Veröffentlichungen intensiviert. Die verschiedenen Gremien des Integrationsrates tagen inzwischen viel öfter, sodass die Mitarbeiterinnen entsprechend organisatorisch mehr eingebunden sind. Die Anzahl der Arbeitsausschüsse und somit der zu behandelnden Themen hat sich enorm vermehrt (2012 ca. 60 Sitzungen – 2009 ca. 30 Sitzungen).

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates – Antragsteller: Antonio Fernandez

Terminhinweise

- Sitzung des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates:
17.09.2013, 17:30 Uhr, Internationales Haus
- Eröffnungsveranstaltung der Interkulturellen Wochen mit Filmvorführung:
20.09.2013, 19:00 Uhr, Heilig-Geist-Saal
- Sitzung des Integrationsrates:
08.10.2013, 16:00 Uhr, Rathaus Nürnberg
- Sitzung der Kommission für Integration:
10.10.2013, 15:00 Uhr, Rathaus Nürnberg

Impressum:

Geschäftsstelle des Integrationsrates,
Internationales Haus,
Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg,
Tel. 0911/231-3185, Fax 0911/231-8516,
E-Mail: integrationsrat@stadt.nuernberg.de,
Internet: www.integrationsrat.nuernberg.de,
Redaktion: Diana Liberova, Sevim Coşkun, Friedrich Popp,
V.i.S.d.P.: Diana Liberova, Hans-Sachs-Platz 2,
90403 Nürnberg